

Behördeninitiative des Gemeinderates Zürich betreffend Gleichbehandlung der Stadt Zürich durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in einen Antrag des Regierungsrates,

beschliesst:

I. Die Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich vom 29. November 1996 betreffend Gleichbehandlung der Stadt Zürich durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes wird nicht definitiv unterstützt.

Bericht:

Die Kommission hat sich in elf Sitzungen mit dem Lasten- und Finanzausgleich beschäftigt. Die Regierung konnte ihr dabei klar darlegen, dass sich das heutige, gut funktionierende System des Finanzausgleichs nicht auf die Stadt Zürich ausdehnen lässt. Es ist ein anderer Ausgleich für die Stadt Zürich nötig beziehungsweise zu suchen. Dieser kann im Rahmen der Vorlage 3639 und in weiteren parallel dazu bereits laufenden Massnahmen, insbesondere im Sozialbereich, gefunden werden.

Zürich, 1. Oktober 1998

Im Namen der Kommission

Der Präsident: Die Sekretärin:

Thomas Isler Marianne Heusi

* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Thomas Isler, Rüschtlikon (Präsident); Dr. Rudolf Aeschbacher, Zürich; Hartmuth Attenhofer, Zürich; Adrian Bucher, Schleinikon; Mario Fehr, Adliswil; Benedikt Gschwind, Zürich; Willy Haderer, Unterengstringen; Ruedi Hatt, Richterswil; Alfred Heer, Zürich; Dorothee Jaun, Fällanden; Dr. Regula Pfister, Zürich; Hans-Peter Portmann, Zürich; Theo Schaub, Zürich; Georg Schellenberg, Zell; Daniel Vischer, Zürich; Sekretärin: Marianne Heusi